zu TOP

Mainz, 12.05.2015

Anfrage 0933/2015 zur Sitzung am **20.05.2015**

Brand in der Biomasseanlage in Essenheim (SPD)

Im Zuge des Brandes in der Biomasseanlage in Essenheim ist es zu einer starken Rauchentwicklung gekommen, von der auch die (westlichen) Mainzer Stadtteile betroffen waren. Folgerichtig hatte die Polizei daher die Bürger und Bürgerinnen aufgefordert, die Fenster und Türen vorerst geschlossen zu halten.

Aus der Bevölkerung hat die SPD-Stadtratsfraktion Hinweise erhalten, dass es daraufhin insbesondere bei Asthma- und COPD-Patienten zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen gekommen ist. Hervorgehoben wurde, dass es trotz mehrfacher Versuche nicht möglich war über das Mainzer Umweltamt nähere Informationen zu erlangen, da das Ortsprinzip gelte.

Gerade für Menschen mit Atemwegserkrankungen ist es wichtig, dass sie Informationen zu möglicherweise gesundheitsschädlichen Emissionen bekommen, auch wenn diese vom Landkreis stammen und in die Stadt ziehen. Daher befürworten wir es, wenn der Landkreis in solchen Fällen dem zuständigen Amt der Stadt Mainz diese Informationen zügig übermitteln würde damit Mainzer Bürger sie abfragen könnten.

Wir fragen die Verwaltung:

- 1. Sind während und nach dem Brand gesundheitsschädliche Stoffe in der Luft gemessen worden, die durch die unkontrollierte Verbrennung entstanden sind?
- 2. Wie beurteilt die Verwaltung die Auswirkungen der Emissionen aus dem Brand der Biomasseanlage in Essenheim für die Stadt Mainz und ihre Bürger und Bürgerinnen?
- 3. Welche Immissionswerte wurden nach dem Brand von welcher Institution gemessen und wie sind diese Daten zu werten?
- 4. Wie erfolgt und wie beurteilt die Verwaltung den Informationsfluss in solchen Fällen zwischen Stadt und Landkreis?
- 5. In welchem Umfang wird die Biomasseanlage Essenheim weiter arbeiten?

gez.

Dr. Eckart Lensch Fraktionsvorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion